

Fake-Nuss der Woche: An Fukushima war nicht der Klimawandel schuld.

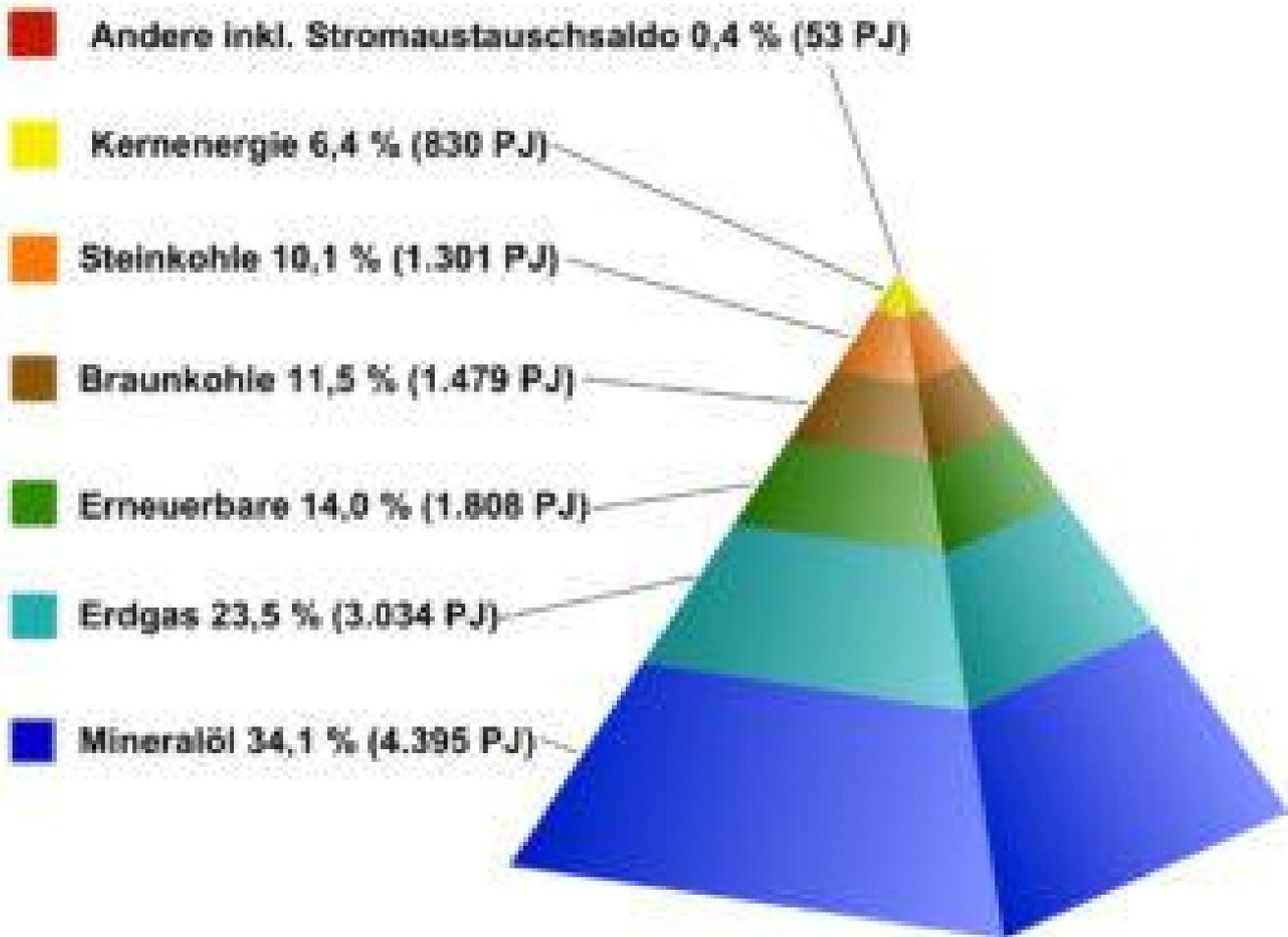
Mit einem [Interview mit ZEIT Online](#) über Öko-Vorschriften und Veggie-Day erzeugte die Grünen-Politikerin Renate Künast große Aufmerksamkeit – allerdings mit einer Aussage, die ein paar Stunden, nachdem das Gespräch online gegangen war, schon wieder verschwand. „Der Atomunfall in Fukushima oder die Dürresommer haben gezeigt“, so Künast, „dass man den Klimawandel nicht mehr leugnen kann.“

Dutzende Leser im Kommentarbereich fragten nach: Was bitte soll der Atomunfall von Fukushima 2011 – ausgelöst durch ein Seebeben – mit dem Klimawandel zu tun haben? Nachdem via Twitter reichlich Spott auf die Politikerin und ZOn niedergegangen war, korrigierte das Portal das Interview: „Korrekturhinweis: In einer früheren Version wurde aufgrund eines Transkriptionsfehlers verkürzt ein Zusammenhang zwischen dem Atomunfall in Fukushima, den Dürresommern und dem Klimawandel hergestellt. Gemeint war: ‘Der Atomunfall in Fukushima oder die Dürresommer haben gezeigt, dass man die Notwendigkeit einer Energiewende und den Klimawandel nicht mehr leugnen kann.’“

Zuerst hatte es in dem Korrekturhinweis nur geheißen, es sei „verkürzt ein Zusammenhang zwischen dem Atomunfall in Fukushima, den Dürresommern und dem Klimawandel“ hergestellt worden. Erst später schob die Redaktion die Erklärung „aufgrund eines Transkriptionsfehlers“ nach aber möglicherweise gab es tatsächlich einen Transkriptionsfehler der ZEIT – der dann Künast offenbar auch bei der Autorisierung des Interviews nicht auffiel. In dem Interview stellte die frühere Bundeslandwirtschaftsministerin allerdings eine Reihe falscher und unbelegter Behauptungen auf, die unkorrigiert blieben. Und die vor allem zu keiner Nachfrage durch die Interviewerin führten. „Hätte jemand es vor ein paar Jahren noch für möglich gehalten, dass der Anteil an erneuerbaren Energien am Energiemix heute bei mehr als 40 Prozent liegen würde?“, fragt Künast in dem Interview rhetorisch. Wer die Zahlen kennt, muss nichts für möglich halten – er weiß, dass die Behauptung der Grünen nicht stimmt. Der Anteil erneuerbarer Energien am deutschen Energiemix – oder, wie der Fachausdruck heißt, am [Primärenergieverbrauch – lag 2018 nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums](#) bei gerade 14 Prozent. Auf Mineralöl entfielen 34,1 Prozent, Gas 23,5 Prozent, Kohle 21,6 Prozent, Kernkraft 6,4 Prozent und andere 0,4 Prozent.

Die Zahl, die Künast nennt, bezieht sich auf die Stromproduktion, also den Strommix. Elektrische Energie macht allerdings nur gut 20 Prozent des Energieverbrauchs aus. Die Praxis kommt in der Rhetorik der Grünen öfters vor, „Energie“ synonym für „Strom“ zu verwenden, vor allem in Verbindung mit hohen Prozentsätzen von Ökoenergie, um riesige Fortschritte bei der Energiewende zu suggerieren. Tatsächlich läuft Deutschland auch im Jahr 2019 noch zu 86 Prozent fossil-nuklear.

Primärenergieverbrauch in Deutschland 2018 (12.900 Petajoule) Stand Dezember 2018



Ein Stück weiter heißt es bei Künast:

„Der Wandel beginnt aber längst in den Städten. Von Bremen bis Berlin setzen sie auf den Umbau bei Energie, Mobilität und Ernährung. Mehr Bio kommt in Kindergärten, Schulen, Mensen. Alle profitieren davon, das Essen wird gesünder, der reduzierte Fleischkonsum ist gut fürs Klima und die regionale Landwirtschaft findet mehr Abnehmer.“

„Das Essen wird gesünder“: Die Mär, Bio-Lebensmittel seien „gesünder“ als konventionelle, wird von Grünen-Politikern und ihnen nahestehenden Journalisten seit Jahren verbreitet. Irgendeinen empirischen Beleg dafür gibt es bis heute nicht. Die Frage nach einem gesundheitlichen Mehrwert von Bio-Kost wurde weltweit immer wieder untersucht.

Zu dem Ergebnis, dass praktisch kein Unterschied feststellbar ist, kam schon 2012 eine sehr umfangreiche Meta-Studie der Universität Stanford. Die Wissenschaftler um Dena M. Bravata werteten damals 223 Untersuchungen aus, die entweder den Nährstoffgehalt oder die Belastung mit Bakterien, Pilzen oder Pestiziden verglichen.

Ergebnis: Der Vitamingehalt von Bio- und konventionellen Lebensmitteln unterschied sich den Forschern zufolge kaum, Fette und Proteine waren ähnlich

verteilt. Krankheitserreger kamen in keiner der beiden Gruppen häufiger vor. „Wir waren ein bisschen erstaunt, dass wir nichts gefunden haben“, meinte Co-Autorin Crystal Smith-Spangler.

Keinen Beleg gibt es bisher auch für die immer wieder [behauptete Krebs-Prävention durch Biolebensmittel](#). Überhaupt ist die pauschale Behauptung unsinnig, bestimmte Lebensmittel seien „gesund“: Es kommt auf Menge, Qualität und Umstände an. Die mit Abstand größte Gesundheitsschädigung durch Lebensmittel in Deutschland, der Ehec-Skandal mit 4000 Infizierten und 53 Toten im Jahr 2011, wurde durch Bio-Sprossen ausgelöst.

Unklar bleibt bei Künast auch, was sie nun meint: „mehr Bio“, also Produkte des ökologischen Landbaus, oder „regionale Erzeuger“? Nur auf 9,1 Prozent der Anbaufläche in Deutschland werden tatsächlich Bio-Lebensmittel hergestellt. Schon deshalb ist die Forderung: „Bio für alle“ beziehungsweise „mehr Bio[Essen für alle] Kindergärten, Schulen, Mensen“ populistisch: Öko-Landwirte sind keine Massenproduzenten.

In dem gleichen Interview nennt Künast eine irreführende Zahl:

„Ein paar Beispiele: Die direkten Subventionen an Landwirte müssen anders verwendet werden. Würden nur 15 Prozent der 60 Milliarden Euro in Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen investiert, wäre schon viel gewonnen.“

In dem *ZEIT-Interview* geht es um Politik in Deutschland, um die Grünen und ihr Image als Verbotspartei. Der Kontext suggeriert also, in Deutschland würden 60 Milliarden Euro Subventionen für Landwirte fließen. Tatsächlich sind es viel weniger: Nach dem [Subventionsbericht des Bundeslandwirtschaftsministeriums](#) lagen die EU-Subventionen für die deutsche Landwirtschaft 2018 bei 6,6 Milliarden Euro. Die [Agrarsubventionen direkt aus dem Bundeshaushalt](#) betragen 2018 1,5 Milliarden Euro, wobei 64 Prozent davon in die Alterssicherung für Landwirte fließen. Gemeint haben könnte Künast die gesamten Agrarsubventionen der EU, die bei 58 Milliarden Euro liegen. Über die entscheidet allerdings nicht Deutschland, schon gar nicht die Grünen. Künasts Sprung vom deutschen Kontext auf die EU-Ebene erfolgt in dem Interview völlig unmotiviert – es sei denn, dass es ihr darum ging, eine möglichst hohe Subventionssumme zu nennen.

Fazit: Künasts angreifbare Behauptungen rutschten bei *ZEIT Online* glatt durch – obwohl sie irreführend und propagandistisch sind.

Der Beitrag erschien zuerst bei [PUBLICO hier](#)